

V L I k r a f t

Vorarlberger LehrerInnenInitiative

www.vlikraft.at mail: vli@vlikraft.at



Editorial

von Gerhard Pusnik

Eine vlikraft mit

aktuellen Themen, die uns die nächsten Monate noch beschäftigen werden: Die Kommission der Ministerin hat ihren Endbericht vorgelegt. Die Vorschläge und Ideen aus dem Ministerium sind als Basis für eine weiterführende Diskussion gedacht, deshalb gibt es hier eine erste fundierte Analyse von Reinhard Sellner zum ExpertInnenbericht „LehrerInnenausbildungNeu“. Betroffen sind in erster Linie zukünftige LehrerInnengenerationen, beteiligt werden aber auch jene sein, die bereits unterrichten. Uns erscheint eine breite Diskussion an den Schulen notwendig, überlassen wir den Einfluss nicht allein einigen wenigen GÖD-Spitzenfunktionären!

Manfred Sparr setzt sich kritisch mit den Aufgaben des BIFIE und dessen Dotierung mit fast 90 Mio. € auseinander, einem Institut das eine zentrale Rolle in der Schulentwicklung spielen soll, dafür auch sehr ordentlich bezahlt wird und doch zahlreiche Aufgaben zur unentgeltlichen Bearbeitung an die LehrerInnen weiterreichen wird.

Ein ausführlicher Bericht von **Daniela Heinzle** über den Vortrag des Kinderarztes **Remo Largo** zur Vielfältigkeit von Kindern zeigt wieder einmal wie

unzureichend und unbefriedigend Schule in ihrer angeblich differenzierten Form ist.

Die erste vlikraft

nach den PV-Wahlen. Die Vorarlberger LehrerInnen-Initiative hat wiederum sehr gut abgeschnitten, sie erreichte die Mehrheit und stellt damit die Vorsitzenden in den Fachausschüssen von AHS und BMHS (hier gar mit über 70%) und wirkt im Pflichtschulbereich auf der Wahlplattform von SLV und Freien LehrerInnen mit. Die schwarzen ÖPU/FCG/VCL-Listen haben inzwischen in allen Schultypen (AHS, BMHS, APS, Berufsschulen) ihre Mehrheiten eingebüßt. Ausnahme: Die Landwirtschaftsschule, da kandidiert nach wie vor nur eine (schwarze) Liste. Die Ergebnisse der PV-Wahlen sind auch Ausdruck der mehrjährigen typenübergreifenden Zusammenarbeit, für die die KollegInnen der VLI stehen und eine Folge der transparenten und konsequenten Vertretung der Kolleginnen und Kollegen in einer von vorgeblichen Sparzwängen gekennzeichneten Bildungslandschaft.

Die vlikraft bringt

Lesestoff mit prominenten Akteuren in die Schule: Ein Netzwerktreffen mit

Ministerin **Schmied**, eine Nachlese und Übersichtstabellen zu den PV- und Gewerkschaftswahlen, Kurzkomentare zum Gehaltsabschluss und ein mit versteckter Kamera aufgenommenes Bild der ÖPU - Reformgruppe. Weiters: Manchmal schlagen Rudertrainer auch in ihrer postaktiven Zeit noch Wellen und wir fragen: Was macht Eva **Scholik** im Publikum?

Nicht alles

können wir mit der *vlikraft* abdecken, ein rundes Bild der Vorarlberger LehrerInnen-Initiative bekommt man dann, wenn man die Vorträge und Workshops (gemeinsam organisiert mit der UBG und anderen Initiativen) besucht oder sich ab und zu am 1. Montag im Monat bei einer VLI-Sitzung sehen lässt und nicht zuletzt regelmäßig unsere Homepage aufruft.

Unsere Unterstützung von Protestmaßnahmen

der Studierenden; der Vorschlag von Harald Walser, Vorarlberg als Modellregion zu etablieren oder unsere Haltung zu einer seltsamen Stellungnahme aus der Blumenstraße finden sich auf den folgenden Seiten. Wir wünschen spannende Lektüre und angeregte Diskussionen!

„Die Individualität des Kindes als schulische Herausforderung“ von Remo H. Largo

Aus dem Referat des kompetenten Bildungsexperten und Kinderarztes Prof. Dr. Remo H. Largo am 25. 3. 2010 in Götzis

Immer mehr Menschen in Vorarlberg nehmen an der inhaltlichen Diskussion zum Thema Bildung teil.

400 Interessierte besuchten den Vortrag von Prof. Dr. Remo H. Largo. In eindrucksvoller Weise stellte der Kinderarzt und Leiter der Abteilung Wachstum und Entwicklung am Kinderspital Zürich den Zusammenhang der unterschiedlichen Entwicklungen und Begabungsprofile von Kindern und Jugendlichen und dem Bildungssystem dar. Dr. Largo erteilte der frühen Differenzierung eine klare Absage: „Ganz vorsichtig ausgedrückt: Die Gesamtschule ist im Vergleich zum differenzierten Schulsystem (Anm: Hauptschule mit Leistungsgruppen und AHS Unterstufe) ganz sicher kein Nachteil. Es gibt nur einen Grund für das sture Festhalten an einer frühen Differenzierung: Klassenkampf!“ Ein sozial faires Bildungssystem soll damit verhindert werden.

Laut Dr. Largo definiert sich eine gute Schule folgendermaßen: Die Schule muss das Selbstwertgefühl der Kinder stärken, sie bei der Entwicklung ihrer Stärken unterstützen und sie lehren, mit ihren Schwächen umzugehen und eigene Lernstrategien zu entwickeln, und ihnen ein gutes Grund- und Fachwissen und gute Grundfertigkeiten mitgeben. Die Schule muss den Schüler abholen, wo er ist, und so lernen lassen, wie es ihm am besten entspricht, ihm überwiegend Erfolgserlebnisse ermöglichen und ihn als Person akzeptieren, unabhängig von seinen Leistungen.

Ein Bericht von Daniela Heinzle.

Mit einem Zitat von Montaigne, der sich bereits vor 500 Jahren darüber beklagte, dass der Schulunterricht nicht auf die Individualität des Kindes eingehen würde, leitet Prof. Dr. Largo den interessanten Vortrag ein. Dieses Thema hat nichts von seiner Aktualität verloren. Die Schule steht auf dem Prüfstand, tagtäglich erscheinen in den Medien Berichte, der Druck auf die Lehrer, die Eltern und die Kinder steigt.

Prof. Dr. Largo zeigt auf, dass eine

Reihe von gesellschaftlichen Gründen zu dieser Entwicklung geführt hat. Durch die schnelle Entwicklung von der bäuerlichen Kultur hin zur modernen Dienstleistungsgesellschaft, durch die Emanzipation der Frau und die rasante technische Entwicklung kam es zu gravierenden Umwälzungen in unserer Gesellschaft. Dies führt zu einer Orientierungslosigkeit und ist mit vielen Ängsten verbunden. Auf die Schule wirkt zudem der Umstand, dass weniger Kinder geboren werden. Auf die wenigen Nachkommen werden alle Hoffnungen der Eltern übertragen – an das Wunschkind steigt die Erwartung auf Erfolg. Damit erhöhen sich der Druck und die Anforderung an die Schule und das Kind.

Prof. Dr. Largo wünscht sich eine Schule, die sich mehr am Kind orientiert.

Prof. Dr. Largo ist an der Zürcher Longitudinalstudie maßgeblich beteiligt. Über 20 Jahre wurden etwa 800 gesunde Kinder bis ins Erwachsenenalter wissenschaftlich begleitet. Pro Jahr werden ca. 1800 Filmaufnahmen gemacht, die sehr aufschlussreich sind. An Hand der Studienergebnisse ist eines deutlich erkennbar: Die Vielfalt der Kinder ist enorm und in ihrer Entwicklung zeigen sich große Abweichungen. Gut erkennbar ist dies an der unterschiedlichen körperlichen Entwicklung der Kinder in einer Schulklasse.

Die Unterschiede bei der geistigen und motorischen Entwicklung sind jedoch viel gravierender. Wenn Kleinkinder laufen lernen, kann es zu einer Bandbreite von bis zu 10 Monate kommen. Manche Kinder beginnen schon mit 8 Monaten frei zu gehen, während andere erst mit 18 Monaten starten.

Auch beim Bewegungsbedürfnis gibt es eine große Vielfalt. Zwischen dem sechsten und zehnten Lebensjahr sind Kinder am bewegungsfreudigsten, wobei Knaben ein verstärktes Verhalten zeigen. Gerade in diese Phase fällt die Volksschulzeit, wo still sitzen gefordert ist. Laut Prof. Dr. Largo ist das Bewegungsbedürfnis des Kindes völlig natürlich und in der

Entwicklungsgeschichte des Menschen begründet. Negativ sieht er den verstärkten Einsatz des Medikamentes Ritalin zur Behandlung von Hyperaktivität (aktuelle Zahlen aus Deutschland - Steigerung in 14 Jahren um 3590 %!).

Eindrucksvoll sind auch die Studien, die den Spracherwerb von Kleinkindern dokumentieren. Die Kinder beginnen zwischen 10 und 30 Monaten zu sprechen. Es zeigt sich, dass vorwiegend die Mädchen mit dem Sprechen früher beginnen. Der Vorteil des frühen Spracherwerbs bleibt übrigens bestehen und in unserer „sprachlastigen“ Schule kommt dies den Mädchen zu Gute.

Bei gleichaltrigen Kindern gibt es eine große Bandbreite von einigen Jahren z. B. bei der Schreib- und Lesekompetenz, dem logischen Verständnis, den motorischen Fähigkeiten.

Auch das einzelne Kind befindet sich in seiner Gesamtentwicklung nicht in allen Bereichen auf dem gleichen Stand. Beispielsweise kann ein zehnjähriges Kind Schreibfähigkeiten eines achtjährigen Schülers haben, jedoch in Mathematik auf dem Stand eines zwölfjährigen sein. Nun fragt sich Prof. Dr. Largo, wie hier ein einheitlicher Lehrplan funktionieren kann. Wie kann man den individuellen Entwicklungsmerkmalen gerecht werden? Auch sind Entwicklungsrückstände, die bis zum fünften Lebensjahr erworben wurden, laut Studie später kaum aufzuholen. Das zeigt, dass Förderung früher ansetzen muss. Eine Lösung wären gut geführte Kindertagesstätten (Kitas). Kinder, die diese Einrichtungen besuchten, schnitten in den späteren schulischen Leistungen besser ab als jene, die in Kleinfamilien aufwuchsen. Die Kleinfamilie ist selten in der Lage eine ausreichende Anzahl von Spielgefährten und damit vielfältige Erfahrungen zu bieten.

Die Studie zeigt auch, dass Kinder freiwillig und lustvoll lernen, wenn sie nicht überfordert werden. Bei Überforderungssituationen sind deutlich Frust und verschiedenste Abwehrreaktionen zu erkennen. Die

kindliche Neugier und die Freude am Lernen zu erhalten, ist eine große Herausforderung an die Schule. Es gibt laut Prof. Dr. Largo Beispiele für private und öffentliche Schulen, die bereits verstärkt auf die Individualität des Kindes eingehen. Er wünscht sich, dass die Schule das Kind dort abholt, wo es steht. Jedes Kind möchte seinem Entwicklungsstand

entsprechend aktiv und selbstbestimmt lernen. Ziel der „kindgerechten“ Schule wäre, dass das Kind ein gutes Selbstwertgefühl entwickelt, es seine Stärken ausbauen kann und mit seinen Schwächen umzugehen lernt. Das Kind soll eigene Lernstrategien entwickeln dürfen und ein gutes Grundwissen und Grundfertigkeiten erwerben dürfen.

Schlechte Erfahrungen in der Schule haben Auswirkungen auf das Leben des Kindes und damit auf unsere Gesellschaft. Der Schüler darf nicht nur an seinen Leistungen gemessen werden. Der Einzigartigkeit und Persönlichkeit des Kindes muss der nötige Respekt entgegengebracht werden.

Das Kind gehört sich selbst! ■

Jetzt machen wir Schule für die Leut! *Manfred Sparr*

Nicht wirklich ein Bericht vom „Netzwerk im Dialog mit der Ministerin“. Eine Veranstaltung des bmukk mit Absolvent/innen der Leadership Academy und Direktor/innen und Lerndesigner/innen der VMS. Veranstaltungen dieser Art werden in allen Bundesländern durchgeführt. Veranstaltungsort: Festspielhaus in Bregenz

Damit alle Teilnehmer des Dialogs (Slogan: „Wir machen Schule für die Leut“) gleich wissen, auf welcher Seite sie heute zu stehen haben, eröffnet BM Schmied die Tagung mit: „Ich muss aufpassen, dass ich Erlebnisse mit Gewerkschaftsfunktionären nicht auf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, projiziere!“ Und außerdem ist ihre Arbeit besonders schwierig, weil „das österreichische Schulsystem in besonderem Maße mit Angst durchsetzt ist“.

Prof. Wilfried Schley legt nach: „Wovor habt Ihr Angst? Wir müssen lernen Veränderungen positiv zu sehen ... wissen WAS ... und WIE wir verändern wollen ... und uns mit der dritten Dimension des Veränderungsprozesses, der ZEIT“ auseinandersetzen.

In ihrem zweiten Redebeitrag sagt uns BM Schmied, WAS sie verändern will: „Wir brauchen einen Musterwechsel ... von der Verordnungs- und Erlasskultur zur Verantwortungskultur und zur Stärkung der Standorte“. Gut so, Frau Minister!

Dass sie es versteht in Konflikten (mit den ängstlichen Lehrer/innen?) souverän die feine Klinge zu führen, zeigt sich beim WIE sie sich in Zukunft durchsetzen wird. Sie wird sich in Zukunft nicht mehr „mit dem Widerstand beschäftigen ... , sondern

andere Verbündete“ suchen und mit ihnen gemeinsam, „mit dem Florett streitend, ... die Pumpgun“ zückenden Gegner in die Wüste schicken. Josef Pröll kann sie damit nicht gemeint haben, denn der löst Konflikte mit Vorliebe mittels Landminen (um in ihrer Diktion zu bleiben) und gezinkten Rechenschiebern. Bleiben also nur die Rieglers, Scholik und Rainer über?

Für die dritte Dimension, die ZEIT, fehlt die Redezeit. Aber wer so spielerisch elegant mit dem Degen umzugehen versteht, spielt auch mit der Zeit, weiß, dass die Zeit nicht alle Wunden heilt (Schrotschussverletzungen sollen ja besonders langwierig sein) und hofft deshalb, dass die Erhöhung der Lehrverpflichtung und der Anwesenheitszeit der Lehrer/innen in der Schule noch in ihrer Amtszeit als Unterrichtsministerin Realität wird.

Es gibt aber auch Positives vom „Netzwerk im Dialog mit der Ministerin“ zu berichten. Es folgt ein sehr imposantes Video über Nikolaus Harnoncourt. Eine Kernaussage des berühmten Dirigenten: „Das Schönste/ Beste ist immer am Rande des Abgrundes ...“ Das beruhigt, unsere BM hat also noch viel Platz.

Nächster Programmpunkt: Vorarlberg-Beispiele innovativer Praxis:

Alle Anwesenden sollen ihre direkten Tischnachbarn begrüßen. Damit stimmte Manfred Sonderegger, Direktor der PTS Bludenz, kurz vor der Mittagspause seine Direktoren - Kolleg/innen zu seiner Kurzpräsentation „Wie läuft ein bedarfs- und bedürfnisorientiertes Lernen?“ ein. HD Gudrun Brunner berichtete



Wieder ein neu gewonnener, LEA - zertifizierter Verbündeter der Ministerin?

von ihrem Projekt „Wie gelingt uns die ganztägige Unterrichtsvernetzung?“ und VD Andrea Tiesler, VS Altsch, schließt den Themenkreis mit ihren interessanten Erfahrungen bei der Umsetzung des Schulversuches „Direkte Leistungsvorlage“ nach Rupert Vierlinger.

BM Schmied lobt die Powerpoint-unterstützten Präsentationen und empfiehlt die Lektüre des Buches „Präsentieren Sie noch oder faszinieren sie schon? Der Irrtum Powerpoint“. Ein Lehrbeispiel, wie man sich mit der Zeit ein Heer von Verbündeten schafft.

Nach der Mittagspause (Motto: „Kulinarische Stärkung und Markt der innovativen Praxis“) zeigte uns der Schauspieler und Regisseur Martin Sommerlechner mit Schüler/innen des BORG Lauterach in eindrucksvoller Weise, dass kreatives Arbeiten - vor allem das Theaterspielen -, das „eigene Ich (der Schüler/innen) befördert“, das Bewusstsein der eigenen Möglichkeiten erweitert, die Teamfähigkeit unter Beweis stellt und die Stimme und das Auftreten stärkt. Bravo! Ich bin zufrieden, der Besuch der Veranstaltung hat sich doch noch rentiert. Auf geht's, jetzt machen wir Schule für die Leut! ■

Ministerielle Rechenkünstler - BM Schmied verzichtet auf 85 Mio. €

Mit falschen Berechnungen und Mietstundungstrick die Lehrer/innen ausgepokert und ihren Job gerettet. Manfred Sparr

Schmied verzichtet für 2009 auf die Stundung der Mieten für die Schulgebäude im Wert von 85 Millionen Euro. Veröffentlichte das Finanzministerium und bm:ukk zuerst noch 120 Mio. €, waren es nach vier Tagen „nur mehr“ 85 Mio. €! Das ist zweifach interessant, da das Finanzministerium (BM Pröll) bereits am 9. Dezember 2009 die Zahlungen von 85 Mio. € an die BIG und die Nicht-Inanspruchnahme der Stundungen genehmigte, im Jänner 2010 in der Presse daraus 120 Mio. € machte und BM Schmied erst nach vier Tagen und nach etlichen Interviews merkte, dass es nicht 120 Mio. €, sondern 85 Mio. € sind. Ein verantwortungsloses und ärgerliches politisches „Geplänkel“ - zum Schaden des Österreichischen Bildungssystems:

BM Schmied begründet den Verzicht auf 85 Mio. € damit, dass die Kosten für die Lehrer/innen weniger stark gestiegen sind als prognostiziert. Zugleich habe die Einführung der Altersteilzeit mehr als vorhergesehen zur Entlastung des

Bildungsbudgets beigetragen.

Die Stundung der Mieten an die Bundesimmobiliengesellschaft war Kernpunkt des Kompromisses zwischen Regierung und Lehrer/innengewerkschaft, nachdem Schmied davor die Lehrverpflichtung um zwei Stunden erhöhen wollte. Die von ihrem Ressort im Rahmen dieser Verhandlungen im Frühjahr 2009 vorgelegten Daten und Berechnungen wurden von der UBG und VLI immer angezweifelt. Zurecht, wie sich nun herausgestellt hat.

Mit dem Mietstundungstrick konnte die Ministerin ihren (böswillig beabsichtigten?) Rechenfehler vertuschen und ihren Job als Ministerin retten. Die Lehrer/innen zahlen die Zeche mit weiteren massiven Gehaltseinbußen seit Frühjahr 2009 und dem peinlich niedrigen Gehaltsabschluss für 2010.

Das Vertrauen verspielt – Frau Minister!

Im Frühling beharrte Schmied wegen Budgetnotstand fast schon panisch auf einer Erhöhung der Lehrverpflichtung. Jetzt

stellt sich heraus, dass sie das Geld gar nicht benötigt hätte. Ein politisch verheerendes Agieren, das auch bei wohlwollender Betrachtung nicht dazu angetan ist, vertrauensbildend zu wirken. Kein gutes Vorzeichen für die Verhandlungen über die dringend notwendige Verbesserung des Lehrer/innendienstrechtes und politisch vernichtend.

Nach dem tollen Gehaltsabschluss (Neugebauers Erfolg!) zeigt sich nun auch, wie gut das Bildungsressort (finanziell und abgefeimt) aufgestellt ist und wie gut die FCG-ARGE-Gewerkschafter/innen im Frühjahr verhandelt haben. Die Lehrer/innen haben wieder einmal ihren Beitrag geleistet!

Wir brauchen eine bessere Bezahlung, eine Sanierung der l2-Besoldung, mehr LehrerInnen, eine einheitliche Ausbildung der Lehrer/innen auf Master-Niveau, mehr Geld an den Schulen! Und eine kämpferische Gewerkschaft! Und eine starke UBG (Unabhängige Bildungsgewerkschaft) in ganz Österreich! ■

Die Aufgaben des BIFIE - Zentralmatura

Zu den Aufgaben des BIFIE bei der Entwicklung, Durchführung, Qualitätssicherung und den Implementierungsmaßnahmen der standardisierten schriftlichen Reifeprüfung sowohl an AHS als auch BMHS zählen vor allem die zentral zu erstellenden Aufgaben für die Klausurarbeiten in der Unterrichtssprache, in Mathematik, in der Lebenden Fremdsprache wie in Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch und in Latein und Griechisch sowie die sogenannten Kompensationsprüfungen für die oben genannten Prüfungsfächer.

Im Entwurf einer Novelle zum BIFIE-Gesetz 2008 werden notwendige Maßnahmen (Aufgaben) des BIFIE exemplarisch aufgelistet:

- Umfassende Pilotierungsmaßnahmen in allen betroffenen Prüfungsgebieten (begleitende Evaluierung von Schulversuchen, inhaltliche sowie organisatorische Betreuung der Pilot-schulen im Schulversuch, Qualifizierung von Aufgabenkonstrukteuren und wissenschaftlichem Personal am BIFIE, Begleitung und Unterstützung

der mit der Testaufgabenentwicklung und -pilotierung beauftragten universitären Institutionen)

- Durchführung und Vorbereitung von Feldtestungen, Erstellung von großen und validierten Aufgabenpools für alle Reifeprüfungstermine, Bereitstellung von Übungsmaterialien, Konzept für eine umfangreiche Lehrer- und Lehrerinnenfortbildung in Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Hochschulen usw.
- Treffen von organisatorischen und sicherheitstechnischen Vorkehrungen für die jährliche Abwicklung von (mindestens) vier Reifeprüfungsterminen
- Aufbau und Wartung eines Datenerfassungs- und -verwaltungssystems für die jährliche Bedarfserhebung der Anzahl der Prüfungsaufgaben jeder einzelnen Schule
- Jährliche Datenerhebungen für die Qualitätssicherung der Testitems für die Erstellung des nationalen Bildungsberichtes
- Entwicklung, Auf- und (in der Folge) Ausbau einer (auch ökonomisch) effizienten und sicheren Produktions- und Versandlogistik (Lagerung, Transport)

- Vorbereitung von Reservetestpaketen
- Qualitätsprüfung der Testpakete (Review durch inter/nationale wissenschaftliche Institutionen, Einbeziehen der Entscheidungsträger z.B. durch Durchführung eines Standard Settings)
- Endkontrolle der Testunterlagen samt Beilagen (Korrektur- und Beurteilungsschlüssel, Testinstruktionen) vor Übermittlung an eine Druckerei bzw. CD-Produzenten
- Aufbau und Warten eines Aufgabenpools (Itembank) für die Kompensationsprüfungen in den genannten Prüfungsgebieten der Reifeprüfung
- Vorbereitung und Durchführung einer externen Evaluation nach jedem Reifeprüfungstermin (Qualitätskontrolle in allen Bereichen) und einer Prozessevaluation, Beauftragung von Begleitforschung
- Kommunikation, Information und Wissenstransformation auf alle Ebenen des Schulsystems (BMUKK, Schulbehörden/Schulaufsicht, Schulleitungen, Schulpartner, Bundesreifeprüfungskommission)
- Erstellen von Begleitmaterialien zur Unterstützung des Implementationsprozesses, Betreuung der Schulen. ■

87 Mio. Euro (2010 – 2014) für das BIFIE

Manfred Sparr

Auf Grund der bisherigen Befassung des BIFIE mit der Entwicklung und Vorbereitung der Implementierung der standardisierten, kompetenzorientierten Reifeprüfung im Bereich der allgemein bildenden höheren Schulen sowie weiters im Hinblick auf die dort vorhandenen Fachressourcen bestehen **keine** (wirtschaftlich und fachlich sinnvollen) **Alternativen** zur Ergänzung der Kernaufgaben des BIFIE um die neue einzuführende standardisierte, kompetenzorientierte Reifeprüfung. Zur Anhebung der Basiszuwendung bestehen im Hinblick auf die Wahrnehmung der Kernaufgaben des BIFIE **keine Alternativen**. Weiters bestehen auch **keine Alternativen** zum kostenrelevanten Ausbau im Hinblick auf die Implementierung, Auswertung und begleitende Evaluierung der Bildungsstandards für die 4. und 8. Schulstufe als eine der Kernaufgaben des BIFIE.

So lautet die Begründung des bm:ukk für die großzügigen Auftragsvergaben und den damit verbundenen Geldsegen an das BIFIE. Gibt es wirklich keine Alternative? Vorschläge gab und gibt es genügend (siehe dazu zum Beispiel die Ausführungen in der VLIKRAFT November 2009).

Interessant ist, dass das Ministerium, von dem man ja nicht behaupten kann, dass es personell unterbesetzt ist, außerstande ist, diese Aufgabe selbst wahrzunehmen. Das BIFIE – Management wird’s freuen: eine gute Ausgangsposition für die bisherigen und zukünftigen Verhandlungen des BIFIE mit dem Ministerium.

Die VLI rät BM Schmied zu der folgenden Argumentation für die nächsten Budgetverhandlungen mit FM Pröll: Auf Grund der bisherigen Erfahrungen im gesamten Bildungsbereich sowie weiters im Hinblick auf die vorhandenen Kompetenz- und Fachressourcen bestanden und bestehen **keine** (wirtschaftlich und fachlich sinnvollen) **Alternativen** zur Ergänzung der Kernaufgaben des Lehrpersonals an den österreichischen Schulen. Zur Anhebung der Basiszuwendung bestehen

im Hinblick auf die Wahrnehmung der Kernaufgaben des Lehrpersonals **keine Alternativen**. Weiters bestehen auch **keine Alternativen** zur kostenrelevanten Anpassung des Dienstrechtes im Hinblick auf die Implementierung zeitgerechter Pädagogik und anforderungsgerechter Bezahlung des Lehrpersonals.

Gemäß dem gesetzlichen Auftrag kommt dem BIFIE eine entscheidende Rolle bei der Ein- und Durchführung der Zentralmatura zu. Es wird sich herausstellen, ob das BIFIE das erforderliche Know-how für die Umsetzung der teilweise sehr komplexen Aufgaben (siehe „Aufgaben des BIFIE“) hat, oder ob es, wie schon bisher, auf die Dienste und das Wissen der wahren Expert/innen – der Lehrer/innen – zurückgreifen muss. Es kann aber nicht sein, dass die Lehrer/innen per Dienstauftrag (also „ehrenamtlich“) die vom bm:ukk per Gesetz dem BIFIE übertragenen und gut bezahlten Aufgaben zur Gänze oder in Teilbereichen übernehmen müssen. Wenn Lehrer/innen die Erstellung von Standards, den Aufbau

von Aufgabenpools und Korrekturschlüsseln für die Klausurarbeiten, die Übernahme wichtiger und zeitaufwändiger logistischer Arbeiten usw. erledigen, muss der „BIFIE – Budget – Kuchen“ entsprechend aufgeteilt werden.

Interessant ist die Budgetierung der Kompensationsaufgaben: Schülerinnen und Schüler, die eine negative Beurteilung in einem der (standardisierten) Klausurgegenstände erhalten haben, können eine mündliche (kompetenzorientierte und extern erstellte) Kompensationsprüfung ablegen. Die für die Erstellung/Entwicklung dieser Prüfungssitems anfallenden Arbeiten und die damit verbundenen Logistikkosten werden dem BIFIE mit satten € 500.000,- pro Jahr und Schultyp (AHS und BMHS) abgegolten.

Zur Erinnerung: Ab 01.01.2010 bekommt ein/e Prüfer/in für die mündliche Reifeprüfung € 10,80 pro Prüfung (Erstellung/Entwicklung der Fragen, Durchführung der Prüfung und Erfüllung der Aufgaben als Mitglied der Reifeprüfungskommission!). Ev. mit Abzug der MDL für den Prüfungstag. ■

Basiszuwendung (in €) an das BIFIE für:						
	Standards	Standardisierte, kompetenzorientierte Reifeprüfung	Neue Mittelschule Nationaler Bildungsbericht	PISA ua	Management	Gesamt
2010	6.110.000	4.560.000	500.000	980.000	2.870.000	15.020.000
2011	5.810.000	4.960.000	500.000	1.000.000	2.870.000	15.140.000
2012	7.920.000	6.360.000	500.000	1.000.000	2.870.000	18.650.000
2013	9.000.000	6.760.000	500.000	1.000.000	2.870.000	20.130.000
2014	9.310.000	3.860.000	500.000	1.000.000	2.870.000	17.540.000
	38.150.000	26.500.000	2.500.000	4.980.000	14.350.000	86.480.000

Basiszuwendung (in €) an das BIFIE für standardisierte, kompetenzorientierte RP:				
		AHS	BMHS	Gesamt
2010	Entwicklungskosten	1.780.000	1.190.000	4.560.000
	Unterrichtsgegenstände Implementation/Logistik	720.000	820.000	
2011	Entwicklungskosten	1.780.000	1.190.000	4.960.000
	Unterrichtsgegenstände Implementation/Logistik	920.000	1.020.000	
2012	Entwicklungskosten	1.780.000	1.190.000	6.360.000
	Unterrichtsgegenstände		50.000	
	Kompensationsaufgaben Implementation/Logistik	500.000	500.000	
2013	Entwicklungskosten	1.780.000	1.190.000	6.760.000
	Unterrichtsgegenstände		50.000	
	Kompensationsaufgaben Implementation/Logistik	500.000	500.000	
2014	Entwicklungskosten		1.190.000	3.860.000
	Unterrichtsgegenstände	500.000	50.000	
	Kompensationsaufgaben Implementation/Logistik	1.320.000	1.620.000	
				26.500.000

Dr. Anton Schneider - Gratulation zur Promotion

Wir gratulieren dem langjährigen Mitglied der Vorarlberger LehrerInnen Initiative, Dr. Schneider Anton, zur Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften!

Anton Schneider, Jahrgang 1957, studierte nach seiner Matura im BG Dornbirn Schoren Physik an der ETH Zürich und an der Universität Innsbruck. Nach einigen Unterbrechungen, in denen er als Beamter im Zolldienst, aber auch als Landarbeiter tätig war, schloss er 1990 sein Diplomstudium in Zürich und 1994 sein Lehramtsstudium in Innsbruck ab. Von 1994 bis 2003 unterrichtete er in Rankweil (HTL), Feldkirch (BAKIP) und im BORG Egg. Die physikalische

Forschung hatte ihn auch in dieser Zeit nie losgelassen, sodass er von 2003 bis 2009 nochmals an die Universität Innsbruck zurückkehrte, um eine Dissertation in Plasmaphysik zu schreiben. Dieses Doktoratsstudium, im Rahmen mehrerer EU - Projekte am Institut für Theoretische Physik, schloss er im Herbst 2009 erfolgreich mit der Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften ab!

Eine wirklich außerordentliche Leistung, wenn man weiß, wie schnell man sich als Lehrer vom Universitätsbetrieb entfernt und wenn man auch bedenkt, wie komplex sich die Materie in der theoretischen Plasmaphysik darstellt!



Seit diesem Herbst unterrichtet Dr. Anton Schneider wieder am BORG Egg und am BG Dornbirn. Wir wünschen ihm weiterhin viel Erfolg und vor allem Freude bei seinem Arbeiten mit den SchülerInnen! ■

Wahlquiz – Personalvertretungswahlen 09 – Ergebnisse!

Wie bei allen vorangegangenen Wahlen führte die VLI auch dieses Mal ein Wahlquiz durch, an dem erfreulicherweise an die hundert KollegInnen teilnahmen, sodass wir durch diese Einnahmen einige Aussendungen finanzieren konnten.

Interessant war festzustellen, dass der Schnitt aller abgegebenen Tipps nur um

0,2 % neben dem tatsächlichen Ergebnis von 51,64% für die VLI lag und somit schon als Wahlumfrage dienen konnte!

Hier die Gewinner der wertvollen Preise (der Rechtsweg bleibt ausgeschlossen). Die Preise werden im Laufe dieser Funktionsperiode ausbezahlt, eingelöst bzw. übergeben:

- 1) Mangold J. Kuno / BG Blumenstraße / 51,60 %/
Ein Abendessen mit den SpitzenkandidatInnen
- 2) Willi Netzer / GYS Feldkirch / 52,00 %/
Eine DVD 'Treibhäuser der Zukunft'
- 3) Edeltraud Mathis / BRG Schoren / 51,20 %/
Abnahme einer Supplierstunde durch eine/n VLI-Kandidatin/en
- 4) Mittelberger Thomas / BG Gallusstraße / 52,30 %/
Das Buch ‚Schule kann gelingen‘ von Enja Riegel
- 5) Ströhle Wolfgang / BG Dornbirn / 50,50 %/
Eine Gratis – Pensionsberechnung
- 6) Rüdisser Gerhard / BG Gallusstraße / 50,38 %/
Eine Überraschung
- 7) Mittelberger Thomas / BG Gallusstr. / 50,30 %/
Fritz Karin / BG Bludenz / 50,30 %/
Zwei VLI-VIP-Plätze bei der nächsten Kundgebung
- 9) Peitler Andrea / BG Bludenz / 53,00 %/
Das Buch: Göteborg in Glitterberg von O. Perktold
- 10) Mathis Sabine / BG Blumenstraße / 50,20 %/
Wolfgang Maurer / BG Bludenz / 50,20 %/
*Ein selbstgebrannter Obstler für Stressabbau /
Ein Kreidenhalter inkl. 3 Farbkreiden*

Spenden und Mitgliedsbeiträge Engagement braucht Unterstützung

Wir freuen uns über jede Spende, gleich in welcher Höhe!

Mitgliedsbeiträge

Der jährliche (freiwillige) Mitgliedsbeitrag beträgt € 25,- bis maximal € 250,-.

Absetzbarkeit

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind bis zu € 250,- pro Jahr von der Einkommenssteuer (Arbeitnehmerveranlagung, Jahresausgleich) als Werbungskosten absetzbar.

Jeder Spender/jede Spenderin erhält zu Beginn des Kalenderjahres eine Bestätigung über den eingegangenen Geldbetrag zur Vorlage beim Finanzamt.

Konto

Vlbg. Lehrerinitiative
Blz: 58 000 (Hypo Landesbank)
Ktn: 77 173 110

Schulreformstau ALT + Bologna-Architektur + Budgetpolitik URALT = LehrerInnen(aus)bildung NEU

Zum Endbericht der ExpertInnengruppe

Reinhard Sellner

Bevor sie Forderungen zur LehrerInnenbildung entwickeln, fragen Studentinnen, wie denn die Schule sein soll, für die sie ausgebildet werden. So geschehen bei einem von der ÖH koordinierten Arbeitstreffen von Lehramtsstudierenden von PH, Uni, TU im November 2009. Die Studierenden wollen für eine ausreichend dotierte, öffentliche, gemeinsame und ganztägig geführte Schule ausgebildet werden, für individuelle Förderung und soziale Integration: die Schule von morgen als offener Lern- und Lebensraum.

Anders als die Studentinnen haben die ExpertInnen des BMUKK und BMWF, darunter Universitäts- und PH-ProfessorInnen und RektorInnen, die Frage nach der Schule von morgen 75 Seiten lang ausgeblendet. Erst dann werden ansatzweise, „neue Voraussetzungen und Rahmenbedingungen“ angesprochen, allerdings so allgemein, dass ÖVP, Landeshauptleute und FCG-GÖD nicht viel dagegen haben werden können. Die „Gesamtkonzeption zur Aus- und Weiterbildung für alle pädagogischen Berufe der Zukunft durch Ausbildungen auf tertiärem Niveau“ stellt das in Österreich seit mehr als einem Jahrhundert bestehende Zweiklassensystem von Bildung nicht in Frage, es kann bleiben, wie wir's gewohnt sind:

- Pädagogische Hochschulen vs. Universitäten (dazu BAKIP, BASOP + Fachhochschulen, die auch pädagogische Ausbildungen anbieten), Grundstudium an PH und/oder Uni, Unterrichtspraktikum und berufsbegleitende Fortbildung an PH
- Pflichtschulen/Landeskompetenz vs. AHS, BMHS/Bundeskompetenz
- PH-kurzgeschulte PflichtschullehrerInnen (und noch kürzer geschulte Kindergarten- und SozialpädagogInnen) vs. länger, an Unis ausgebildete und als „VollakademikerInnen“ bezahlte AHS-/BMHS-LehrerInnen
- 9 LandeslehrerInnendienstrechte vs. 1 BundeslehrerInnendienstrecht
- Zweiklassensystem Sekundarstufe I mit HS vs. AHS-Unterstufe

I. Bestätigung des Status quo und der Bologna-Kurzstudien

Statt kritische Wissenschaft zu üben, haben die ExpertInnen in den Grundfragen unkritisch-pragmatisch die Vorgaben der Auftraggeber BMUKK und BMWF bestätigt: Die

Reformvorschläge gehen von bestehenden sozialen Ungleichheiten aus und lassen sie – vom unentschlossenen Lavieren in der Gesamtschulfrage (Sekundarstufe I) abgesehen – unberührt. Erklärt wird das nicht mit vorauseilendem Gehorsam gegenüber ÖVP-Positionen, sondern mit besonderem Realitätssinn, der weiß, wie weit großkoalitionär genehmigte ExpertInnen zu gehen haben dürfen. „Glauben Sie mir, mehr ist nicht drin! Helfen Sie, dass diese Empfehlungen verwirklicht werden können!“ (Experte Stefan Hopmann, Uni Wien, bei der ersten Präsentation und Diskussion des „Härtl-Papiers“ 25.3.2010)

1.1. PH vs. Universitäten

Die 2007 erfolgte Umwandlung der Pädagogischen Akademien in Pädagogische Hochschulen wird als großer Erfolg gefeiert, der allerdings noch nicht hinreichend ist. (S.16). Die Integration der PH in die Unis wird nicht vorgeschlagen, im Gegenteil. Aber zwischen Uni, PH und BAKIP, BASOP „muss sich eine Kooperationsstruktur und -kultur entwickeln“, wer wie und warum müssen soll, bleibt trotz Cluster-Grafik unklar. (S.81)

1.2. Bologna-Sachzwang Bachelor-Kurzstudien für alle

I. Phase – Grundbildung

„Die konsequente Umsetzung der Bolognastruktur“ wird mit verschulerten Bachelor-Kurzstudien gleichgesetzt und zum Naturgesetz erklärt. AufnahmeSTEPS („Selbst-Selektion“ und „Fremd-Selektion“ durch Assessments am Ende des 2. Semesters stehen am Anfang des 6-semesterigen Bachelor-Studiums). Für künftige AHS-LehrerInnen soll der Bachelor 8 Semester an der Uni dauern. AHS vs. APS ff. Der grundsätzlich freie Uni-Zugang, der entsprechende Ausstattung der Lehramtsstudien erforderlich macht, wird im Endbericht nicht thematisiert. Die PH-Zulassungsverordnung sieht eine zweifelhafte, autonom gestaltete „Fremdselektion“ vor; die bisher mangels BewerberInnenüberhang kaum Abweisungen zur Folge hatte.

II. Phase - Master, aber „berufsbegleitend“/Portfolio für die Volksschule

Mit dem Bachelor ist die grundstudierte PH bzw. Uni-AbsolventIn für den Berufszugang qualifiziert, welcher in Form

der „Induktionsphase“ (2 Jahre „Turnus“ als „Assistenz“/LehrerIn mit halber Lehrverpflichtung) an Volks-, Haupt-, Sonder- und Polytechnischer Schule oder an AHS und BMHS erfolgt. Im Rahmen dieser Berufseinführung soll „berufsbegleitend“ ein 4-semestriges Masterstudium absolviert werden. Damit und mit einer positiven Beurteilung der Induktionsphase haben JunglehrerInnen die Berufsberechtigung als „volle“ Lehrkraft der jeweiligen Schule. Für die Grundstufe (Volksschule) braucht es keinen Master, da genügt auch ein vertieftes Kompetenzportfolio. Für FunktionsträgerInnen (Schulleitung, Fachkoordination, Schulentwicklung, Evaluation) ist nach erfolgreicher Induktionsphase ein funktionsbezogener Master of Advanced Studies verpflichtend. Dieser Master soll für alle FunktionsträgerInnen aller Bildungseinrichtungen, einschließlich APS und Kindergarten, verpflichtend sein und attraktive Karriere- und Verdienstmöglichkeiten eröffnen.

III. Phase - PhD-Studien und Life Long Learning

Doktoratsstudien sollen allen LehrerInnen offen stehen, die einen Master geschafft haben. Vertiefende Studien zur „professionellen“ Spezialisierung und der Master of Advanced Studies fallen ebenfalls in diese 30 – 40 Berufsjahre der Fort- und Weiterbildung im Sinn des lebensbegleitenden Lernens.

1.3. Kurzstudien und LehrerInnenmangel - „berufsbegleitend“ studieren in echt

Kernstück des ExpertInnenvorschlages ist das Dreiphasenmodell: Angesichts der Erfahrungen von berufstätigen oder die Erziehung und Betreuung eigener Kinder begleitender PH-Bachelor-StudentInnen ist der berufsbegleitende Ansatz der II. Phase problematisch, weil zeit- und kostenaufwändig zu organisieren. Der bereits einsetzende akute LehrerInnenmangel (60.000 Pensionierungen zwischen 2012 und 2025) und die Notwendigkeit für die pädagogisch employablen Bachelors auch während der Induktion „voll“ und mehr zu unterrichten, lässt die Vorgabe eines berufsbegleitenden Masterstudiums als akademische Realitätsverweigerung erscheinen.

1.4. Gemeinsame Ausbildung, wortident auf dem Papier

Das große Anliegen einer gemeinsamen LehrerInnenausbildung als Element einer umfassenden demokratischen und sozial integrativen Schulreform wird auf ein von ÖVP, FCG-GÖD und ÖVP-Landeshauptleuten vorgegebenes Maß hingebogen: Der Endbericht ist, von ein paar Mehrdeutigkeiten abgesehen, den bestehenden konservativ-ständestaatlichen Strukturen und Machtverhältnissen im österreichischen Bildungssystem angepasst. Ein Anstoß oder wenigstens ein Verstärker für dringend notwendige Schul- und Verwaltungsreformen ist er nicht. Kompetenzorientierte gemeinsame Curricula für pädagogische Kernbereiche an unterschiedlichen und ungleichwertigen Institutionen wie Uni und PH erinnern fatal an die wortidenten Lehrpläne von Hauptschule und

AHS-Unterstufe, die kein Schritt zur Gesamtschule, sondern „another brick in the wall“ zur Verfestigung des sozial selektiven Nebeneinanders von Hauptschule und AHS-Unterstufen gewesen sind. Der den AHS vorbehaltene 8-Semester-Bachelor (240 ECTS) vs. 6 Semester Grundausbildung für PflichtschullehrerInnen und alle anderen pädagogischen Berufe (180 ECTS) ist in diesem Zusammenhang mehr als eine Fußnote (S.52), denn er eröffnet über Anrechnungsmöglichkeiten von 60 ECTS-Punkten den AHS-Bachelors (180+60=240 ECTS) realistischere Möglichkeiten das Voll-Berufserfordernis „berufsbegleitendes“ Masterstudium (120 ECTS) erfolgreich zu absolvieren – wenn nicht kostenbewusste Rektoren auf die Idee kommen, den traditionell eher gering geschätzten Lehramtsstudien einen 240 ECTS-Master zu verpassen.

2. LehrerInnenbildung ALT wird NEU

Die Bestandsaufnahme der ExpertInnengruppe zitiert in ihrem aussagekräftigsten Abschnitt aus dem Nationalen Bildungsbericht 2009 und gibt damit einen kritischen Überblick über das bestehende Nebeneinander von Qualifikationsniveaus, Inhalten und Institutionen derzeitiger LehrerInnenbildung, über Auswahlverfahren (PH) und ungleichwertige Grundstudien (PH, Uni, BAKIP, BASOP), über ungleiche Berufseinstiege (1 Jahr Unterrichtspraktikum an AHS/BMHS - alle anderen PädagogInnen müssen nach PH-Bachelor bzw. BAKIP- oder BASOP-Abschluss sofort „voll“ einsteigen) und über den Stand der Fortbildung. Jeder Abschnitt wird von allgemeinen Schlussfolgerungen der ExpertInnen ergänzt. Diese lassen bereits erkennen, wie auf wessen berufsständische Interessenslage die „kompetenzorientierte“ LehrerInnenbildung NEU Rücksicht nimmt. Die ist zwar reformbereit und nicht mehr schultypenfixiert, nimmt aber gleichzeitig das institutionalisierte Nebeneinander von APS und AHS/BMHS, von PH und Uni und BAKIP und BASOP als weiterhin unabänderlich hin. Die ExpertInnen von BMUKK und BMWF liefern den egalitären Gesamtschul- und ReformpädagogInnen bzw. der Bildungsministerin (SPÖ) wortidenten Gemeinsamkeiten und garantieren damit auch den standespolitisch und sozial selektiv agierenden fcg.GÖD-HardlinerInnen der ÖVP die Option nachhaltiger Besitzstandspflege.

3. LehrerInnenbildung NEU und wer was davon haben sollte

Der Hauptteil des Endberichtes konkretisiert zum Teil redundant die in die Zusammenfassung des Bildungsberichtes 2009 eingearbeiteten Forderungen. Dabei werden die Semester-Angaben auch in ECTS-Punkte übersetzt: der BAC für APS hat 180, der für AHS 240 ECTS. Das „Start-up“ einer österreichischen Bildungsforschung steht ebenfalls auf der Wunschliste der Uni- bzw. PH-ExpertInnen, der fehlt aber noch ein Budget für Infrastruktur und für die Evaluation des Ist-Standes.

3.1. PH, APS, LandeslehrerInnen = 6 Semester BAC + 2 Jahre Unterrichtspraktikum (Induktionsphase, Turnus ...)

Aufgewertet wird das PH-Studium: Der BAC der PH wird von den Unis für weiterführende MA- und PhD-Studien anerkannt, der künftige Uni-BAC wird von der PH anerkannt. PH-AbsolventInnen sollen wie die Uni-AbsolventInnen den begleiteten, zweijährigen Berufseinstieg mit reduzierter Lehrverpflichtung bekommen, allerdings mit der Verpflichtung zum gleichzeitig zu absolvierenden berufsbegleitenden Vertiefungs- bzw. Masterstudium. Weiters soll es die Möglichkeit von Advanced Studies für bestimmte Funktionen (Leitung, Fachkoordination, Fachdidaktik, Schulentwicklung, Evaluation) die Karriere und ein höheres Einkommen bedeuten, wenn man mit ihnen von der vorgesetzten Behörde betraut wird. Aufgewertet sollen die PH auch als wissenschaftliche Forschungseinrichtungen werden, in diesem Zusammenhang gibt es eine der wenigen konkreten Finanzierungsforderungen: Die künftige PH-Forschung soll wie universitäre Forschung finanziert werden – durch mehr öffentliche Mittel, durch Drittmittelbeschaffung und durch die Einrichtung eines von der staatlichen Verwaltung unabhängigen "Fonds zur Förderung der Forschung". Die fehlende Mitbestimmung, die dienstrechtlich ungeklärte Stellung der PH-Lehrenden und ihre künftige Rekrutierung werden nicht thematisiert.

3.2. Uni, AHS/BMHS, BundeslehrerInnen – 8 Semester BAC + 2 Jahre UP

Für das Universitätsstudium bzw. die künftigen AHS-LehrerInnen bleibt es bei einem längeren 8-Semester-Studium, allerdings auch nur mit BAC-Abschluss. Im Sinn der Bologna-Effektivierung sind das aber nicht mehr 9 Semester Mindeststudienauer (in der Praxis sind es derzeit 12 und mehr), sondern 8 Semester durchregulierte Regelstudienzeit, ähnlich den 6 verschulerten PH-Semestern. Das Unterrichtspraktikum wird von einem auf 2 Jahre verlängert, allerdings ist neben dem bisherigen „Probejahrszeugnis“ für den Unterricht in zwei (bei Bedarf auch mehr) Klassen das berufsbegleitende Masterstudium zu absolvieren, Doktoratsstudium ist anschließend oder später Teil des lebenslangen berufsbegleitenden Lernens. Unterm Strich wird sich die standesbewusste AHS-Gewerkschaft mit dem 8-Semester-Uni-Bachelor anfreunden können müssen - ihr Besoldungsexperte Ekkehard Quin hat ein vergleichbares Modell schon 2008/09 in der AHS-Gewerkschaftszeitung ECTS-mäßig vorgerechnet, samt dem Respektabstand zur APS.

4. Für ein wissenschaftlich fundiertes, praxisorientiertes und forschendes Lehramtsstudium NEU

Was unterm Strich empfohlen wird, sind 6 (AHS 8) verschulte Semester ohne nennenswerte Wahlmöglichkeiten für die Studierenden und ohne individuelle Schwerpunktsetzung

Eine Universitätsbildung, die wissenschaftliches Arbeiten, Auslandssemester, individuelles Vertiefen und eigenes Forschen braucht, ist in diesen mit reproduzierendem Lernen und Praxis voll ausgelasteten Kurzstudien nicht unterzubringen – „berufsbegleitende“ Masterstudien sind sie aus zeitlichen und bei Schulen außerhalb von Universitätsstädten auch aus räumlichen Gründen schwer vorstellbar.

Dazu kommt der jährlich steigende LehrerInnenmangel bis 2025, der den empfohlenen gleitenden und begleiteten Berufseinstieg für JunglehrerInnen („Induktionsphase“) zum ungebremsten Voll-Einstieg mit Überstunden machen wird, wenn die Bildungs- und Budget-PolitikerInnen der ÖVP und SPÖ in Regierung und Parlament weiter Parteienhickhack, Budgetkürzungen und das traditionelle Hinausschieben ungelöster Probleme betreiben. Die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften des ÖGB schauen dieser Entwicklung immer noch zu, die FCG-GÖD betreibt, durch die PV-Wahlergebnisse 2009 bestärkt, aus parteipolitischem Kalkül das standes-, landes- und bundespolitische Nebeneinander von 5 LehrerInnen-Gewerkschaften, einer PH- und einer Uni-Gewerkschaft - zum Nachteil aller ArbeitnehmerInnen, auch der LehrerInnen und der Lehrenden des Tertiären Bereiches. Eine Vereinheitlichung der LehrerInnenausbildung, des Dienstrechtes und der Schulverwaltung hätte tiefgreifende Auswirkungen auf die bestehenden Machtstrukturen in der GÖD und in der mehrgleisigen Schulverwaltung – ihre Ablehnung aller Reformen, die über die Empfehlungen der ExpertInnen hinausgehen, ist absehbar. Ihm auszuweichen hieße auf soziale und demokratische Neuerungen verzichten und LehrerInnenbildung und Schule in ihren Grundzügen so zu lassen, wie sie immer noch sind.

Unabhängige GewerkschafterInnen - ÖLI/UG für gemeinsame universitäre Grundausbildung (Master) aller LehrerInnen - für ein demokratisches, sozial-integratives öffentliches und gesamtösterreichisches Bildungswesen

- Schrittweise Integration der PH in die Universitäten, ausreichende Finanzierung von Lehre und Forschung, demokratische Strukturen, eine universitäre Verantwortung für alle Phasen der LehrerInnengrund- und Weiterbildung, Gesicherter arbeits-, dienst- und besoldungsrechtlicher Status aller Lehrenden, Aufwertung und klar geregelte Überführung „freier“ DienstnehmerInnen-Verträge in akademische Anstellung in Forschung und Lehre, klare Regelungen für die Mitverwendung von LehrerInnen an Universitäten (einschließlich PH)
- Institutionalisierte Zusammenarbeit von Kindergarten, Schule und Universitäten (einschließlich PH) in Forschung und Lehre
- Freier Studienzugang, keine Wiedereinführung von Studiengebühren, Ausbau der Studien- und Berufswahlberatung in der Sekundarstufe II, orientierende und praxisbezogene Einführungsphasen in den ersten beiden Semestern

pädagogischer und Lehramtsstudien

- Besondere Fördermaßnahmen für Studierende mit Migrationshintergrund und QuereinsteigerInnen mit Berufserfahrung in anderen Bereichen, für berufs- und kindererziehung-begleitendes Studieren
- Master-Grundstudium für alle LehrerInnen, Bachelor-Studien als Grundqualifikation für BAKIP- und BASOP-PädagogInnen (Ziel Master-Studien für alle pädag. Berufe)
- Gleitender Berufseinstieg – 2 Jahre mit reduzierter Unterrichtsverpflichtung, MentorIn als berufseinführende Betreuerin, Supervision, theoriegeleitete Reflexion und vertiefende Fortbildungsangebote von Uni (einschließlich PH) – bei voller Bezahlung
- LehrerInnenfortbildung als integraler Teil der LehrerInnenstätigkeit - Supervision, reflektierende und vertiefende Angebote der Universität (einschließlich PH), einschließlich bezahlter Fortbildungszeiten für Doktorats- und andere vertiefende „advanced“ Studien.
- Gleitender Berufsausstieg, Betreuung von BerufseinsteigerInnen bei verminderter Unterrichtstätigkeit, im Vorfeld Erwerb entsprechender berufsbegleitender Qualifikationen
- Bereitstellen der erforderlichen Budgetmittel für eine umfassende Bildungsreform, für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste als Beitrag der öffentlichen Haushalte zur Überwindung der Krise – in Österreich, europaweit, weltweit.

Unabhängige GewerkschafterInnen - ÖLI-UG für eine gemeinsame LehrerInnen- und Bildungsgewerkschaft – bei Dienstrecht, Besoldung, Verwaltungsreform und Schulreform besteht solidarischer Handlungsbedarf

Den gewerkschaftlichen Kampf für die Aufwertung der APS-Ausbildung auf Universitätsniveau (Diplomstudium, Magister/Master), für die Anerkennung der Lehramtsstudien als vollwertige, den Fachstudien gleichberechtigte Universitätsstudien und die dazu notwendige schrittweise Integration der Pädagogischen Akademien/Hochschulen in die Universitätsstrukturen haben in der GÖD nur die Unabhängigen GewerkschafterInnen der ÖLI-UG gefordert - gemeinsam, APS- und AHS- und BMHS- und PH-KollegInnen. Die einander misstrauenden FCG-FunktionärInnen der verschiedenen LehrerInnengewerkschaften haben keine solidarische ArbeitnehmerInnenpolitik im Interesse aller LehrerInnen zugelassen. FCG und FSG betreiben in AHS und BMHS Standespolitik, der FCG-ÖVP-Glaubenskrieg der AHS-FunktionärInnen gegen die Gesamtschule lähmt, eine APS-Gewerkschaft, die mit dem PH-Bachelor recht gut leben kann und die parteipolitische Landeshauptmannsherrlichkeit über „ihre“ LandeslehrerInnen zur Heimatliebe verklärt, setzt ebenfalls andere Prioritäten.

Als Folge dieses Neben- und Gegeneinander steht jetzt das Downgrading der Bezahlung der AHS-LehrerInnen, die in der Sekundarstufe I unterrichten, im Raum, egal ob eine gemeinsame

Schule bis 14 kommt oder nicht. Den BudgetsaniererInnen wird das ebenso recht sein wie eine kurze Bachelor-Ausbildung, mit der in Zeiten großen LehrerInnenmangels auch „voll“ unterrichtet werden kann, samt besoldungsrechtlicher Konsequenzen. Master-Abschluss und -Bezahlung bleiben den SchulleiterInnen und einigen wenigen FunktionsträgerInnen vorbehalten.

Die abschließenden Ansagen der ExpertInnen zu künftigen „Rahmenbedingungen“ zeigen aber trotz ihrer unverbindlichen Allgemeinheit, dass in Sachen Dienstrecht, Besoldung, Verwaltungsreform und Schulreform solidarisches Handeln Sinn macht, hier und jetzt und nicht erst, wenn in der ÖVP der Beton zu bröckeln beginnt. Die ungelösten Probleme von Kindergärten, Schulen, Universitäten haben sehr konkrete, durch die globale kapitalistische Krise verschärfte Auswirkungen auf die Zukunftschancen jeder und jedes Menschen, auf Arbeitslosigkeit und Volkswirtschaft, auf den sozialen Zusammenhalt eines demokratisch verfassten Gemeinwesens. Bildungspolitik ist Sozialpolitik (Alfred Dallinger). Auch wenn eine alles umfassende Lösung der sozialen Frage Bildung noch nicht auf der Tagesordnung steht, ist es in jedem Teilbereich, in dem es Bewegung gibt, möglich und notwendig, dass wir Betroffenen uns einmischen, Informationen weitergeben, Argumente in den Diskussionsprozess einbringen, in der Öffentlichkeit, an den Schulen, in Gewerkschaften und AK aktiv werden, Verbündete in politischen Parteien finden .

Wir mischen uns ein – der Endbericht der ExpertInnen als Anlass

Die mit dem ExpertInnenbericht beginnende öffentliche Diskussion soll bis März 2011 geführt werden, bis März 2012 soll die Einarbeitung der Ergebnisse in die Gesetzesvorlagen erfolgen, Begutachtungsverfahren und Gesetzgebung sind die Basis für zwei Jahre gremialer Curriculum-Arbeit, Ausschreibungen usw, und ab Herbst 2015 soll die neue Studienordnung umgesetzt werden. Dabei gilt es, über eine Ablehnung des ExpertInnenpapiers hinauszugehen und die wohlbegründeten weitreichenden Empfehlungen des Nationalen Bildungsberichtes 2009 zur Diskussion zu stellen und damit bekannter und wirksam zu machen.

Wir LehrerInnen und alle, die das werden wollen, brauchen bessere, kinder- und menschenfreundlichere Rahmenbedingungen und dazu eine parteiunabhängige, initiative und gemeinsame Gewerkschaft aller LehrerInnen in der GÖD, eine Bildungsgewerkschaft von und für ArbeitnehmerInnen aller pädagogischen Berufe.

Keine Angst vor Reformen – Her mit der Bildungsmilliarde! ■

Robert Sutterlütti 1956-2009



Wir sind betroffen und traurig, wir versuchen zu begreifen und können es doch nicht verstehen. Unsere Anteilnahme gilt Roberts Lebensgefährtin Margit, seinen Angehörigen, seinen Freunden und KollegInnen.

Robert war mehr als 20 Jahre aktiv in der Vorarlberger LehrerInnen-Initiative tätig, er zählte zu den Gründungsmitgliedern der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft und war mehrere Jahre deren Vorstandsmittglied. Bei den vielen Veranstaltungen und Initiativen in diesen Jahren hat er sich inhaltlich und

organisatorisch als kritischer Geist eingebracht.

Obwohl er Germanist und Historiker war, hatte er ein Faible für Zahlen. Bei jeder Demonstration, bei jeder Veranstaltung hat Robert genau gewusst, wie viele Leute anwesend waren. Er hatte dafür seinen eigenen Zählmechanismus entwickelt. Darauf konnten wir uns immer 100% ig verlassen. Er lag natürlich immer über der Schätzung der Polizei, aber auch unter unseren Zahlen.

Bei mehreren Wahlgängen zur Personalvertretung war er bei der VLI vorne mit dabei, vor 5 Jahren als die VLI zum ersten Mal die Mehrheit schaffte, tourte er mit uns durch die Vorarlberger Gymnasien. Auch bei der letzten Wahl engagierte er sich wieder und freute sich mit uns über den neuerlichen Wahlerfolg. Als Verteiler von Flugblättern scheute er auch längere Wegstrecken nicht, damit die Zeitungen und Plakate die LehrerInnen an den Schulen erreichten.

Seine zahlreichen Artikel, Leserbriefe und Kommentare waren gezeichnet von akribischer Genauigkeit. Robert war ein Wahrheitsfanatiker. Da, wo wir manchmal

flott aus der Hüfte schrieben, bemühte er sich um präzise Formulierungen.

Bei Robert gab es kein opportunistisches Schielen auf Wahlergebnisse, keine Verdrehungen von Tatsachen. Posten und Ämter zu erlangen war ihm nicht wichtig. Die sachliche Richtigkeit lag ihm am Herzen.

Seiner Vision von einer besseren, einer gerechteren als der kapitalistischen Gesellschaft, ist er gegen alle politischen und philosophischen Modeerscheinungen treu geblieben.

Seine Kompromisslosigkeit, seine Geradlinigkeit, seine manchmal ausholenden Analysen haben ihn zu einem eigenwilligen, markanten Menschen gemacht, in einer Umgebung, in der vieles nur an der Oberfläche bleibt, in einer Atmosphäre, in der die Show oft wichtiger ist als der Inhalt.

Robert Sutterlütti wird uns als Kollege und vor allem als Mensch sehr fehlen. Seine ehrliche Kollegialität und Loyalität, sein ungebrochenes Engagement für die „gute Sache“ wird für uns immer Ansporn sein.

Willi Bösch 1955-2010



Am 8. April mussten wir uns von unserem lieben Freund und Kollegen Wilfried Bösch in einer würdigen Abschiedsfeier am BRG/BORG Dornbirn Schoren verabschieden. Willi war mehr als 20 Jahre aktives Mitglied der Vorarlberger Lehrer-(innen) initiative. Er hat sich bei unseren Sitzungen regelmäßig an den schulpolitischen Diskussionen beteiligt. Seine Beiträge, seine

oft auch kontroversiellen Standpunkte und seine Kollegialität werden uns fehlen.

Im Mai 2009 erfuhr Willi von der Diagnose – seine Lebenserwartung lag ab damals zwischen vier und achtzehn Monaten. Am 27. März 2010 ist er dem Krebs erlegen – mit nicht ganz 55 Jahren.

Er war – obwohl ihn die Rahmenbedingungen extrem nervten - ein für seine Fächer überaus engagierter Lehrer. Das Vorbereitungsmaterial für Deutsch und Geschichte, das in seinem Freundes- und Bekanntenkreis zirkuliert, zeugt davon. Die Abschiedsworte der SchülerInnen bei der Trauerfeier zeigten, wie sehr sie von seinem Unterricht beeindruckt waren.

Und wenn ihn etwas interessierte, dann konnte er Berge versetzen: Der Schulgarten am Schoren ist auf seine

Initiative entstanden – er hat dafür selber mit Schaufel und Schubkarre geschuftet, die gesamte Schulgemeinschaft einbezogen und mit guten Ideen zudem große Mittel zur Finanzierung aufgestellt.

Willi hatte in den letzten Monaten regelmäßig Besuch, sehr oft von Kolleginnen und Kollegen. Wir alle denken mit großem Respekt daran, wie er sich ohne Panik und mit seiner ihm eigenen Ironie von uns verabschiedet hat.

Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie und den engsten Freund/inn/en, die ihn in den letzten Wochen bei sich aufgenommen und gepflegt haben.

Michael Schelling

Auch dank der VLI-APS: „Freie LehrerInnen“ verteidigen ihre Mehrheit!

Walter Moosbrugger

Mit dem erstmaligen Antreten der VLI im Pflichtschulbereich kam Bewegung in den PV-Wahlkampf. Um „trotz BM Schmied“ die vor fünf Jahren erstmals errungene Mehrheit durch die partei-offene Liste „Freie LehrerInnen“ zu verteidigen, war eine Kooperation der VLI mit den „Freien LehrerInnen“ absolut sinnvoll. Zudem hätte eine eigene VLI-Kandidatur die fortschrittliche Mehrheit auf Personalvertretungsebene gefährdet.

Hintergrund:

In allen Bezirken – außer Bregenzwald – hatte die Liste „Freie LehrerInnen“ seit den letzten Wahlen ihre Dienststellenausschüssen zu verteidigen. Im Bregenzwald kandidiert seit jeher eine einzige Liste („deinePV“ spricht CLV und ÖAAB).

Doch etwas Bewegung kam heuer auch in den Wald: Als erster Bregenzwälder Lehrer trat ich auf der Wahl-Liste zum Zentralausschuss nicht für die „Schwarzen“, sondern als VLI-Vertreter auf der Liste „Freie LehrerInnen“ an.

Der Erfolg gibt uns recht: Jede/r fünfte LehrerIn gab unserer Liste im Bregenzwald (eigener Wahlzettel für den ZA) seine Stimme! Und das trotz

meiner Bregenzwälder-„Solo“-Kandidatur!

Erleichterung

Am Wahlabend war die Erleichterung in allen Bezirken groß: Die Lehrerinnen und Lehrer an den Pflichtschulen schenken ihren DA-Vertretern weiterhin ihr Vertrauen. Alle Dienststellenausschüsse bleiben somit unter der Leitung von Vertretern und Vertreterinnen der Liste „Freie LehrerInnen“.

Spannend war auch die Wahl des Zentralausschusses. Trotz offensichtlicher Verunsicherungsversuchen durch die Liste „deinePV,CLV,ÖAAB“ wollten die PflichtschullehrerInnen weiterhin Armin Roßbacher als ihren „obersten Vertreter“. Zwar ging ein Mandat verloren, doch der Wahlslogan von „deinePV“ („Wer die „Freien LehrerInnen“ wählt, entscheidet sich für den Schmied-Kurs“) ging somit nur mäßig auf. Zu offensichtlich war der Versuch, lediglich mit Negativbotschaften punkten zu wollen.

Noch beeindruckender wird der Wahlsieg bei einem Blick in die anderen



Bundesländer: In allen (!) ÖVP-dominierten Ländern hat der Christliche Lehrerverein massive Zugewinne erhalten und zum Teil „Ostblock-Ergebnisse“ mit 80% und darüber eingefahren! Nur in Vorarlberg hat der „schwarze Rückenwind“ wenig Wirkung gezeigt!

VLI-APS startet durch!

Der Wahlsieg gibt Kraft. Der Anfang ist geschafft. In allen vier großen Bezirken sind LehrerInnen der VLI in den Ausschüssen vertreten. Im Zentralausschuss bin ich als erstes Ersatzmitglied über alle Aktivitäten bestens informiert. Wichtig für die Vorarlberger PflichtschullehrerInnen ist es, eine weitere parteiunabhängige Vertretung hinter sich zu wissen! Dafür stehe ich! Denn einfacher wird die schulische Zukunft – auch oder gerade im Pflichtschulbereich – sicher nicht! Hier gilt es, alle reformwilligen Kräfte zu bündeln und einen offenen, intensiven Austausch zwischen allen Schultypen zu pflegen. Und hier bietet das Team der VLI mit Gerhard Pusnik und Manfred Sparr an der Spitze beste Voraussetzungen! ■

Personalvertretungswahlen: Die VLI verteidigt ihre absolute Mehrheit in der AHS – eine Analyse *Gerhard Rüdisser*

Zum ersten Mal in ihrer dreißigjährigen Geschichte trat die VLI als Mehrheitsfraktion zu den Personalvertretungswahlen in Vorarlberg an. Obwohl die Österreichische LehrerInneninitiative (ÖLI) in ganz Österreich leichte Einbußen zu verzeichnen hatte, konnte die Vorarlberger LehrerInnenInitiative (VLI) ihren knappen Vorsprung gegenüber der ÖPU/FCG Fraktion hauchdünn ausbauen.

Die recht eingleisig ausgerichtete Wahlwerbung der ÖPU/FCG, die VLI als 'Totengräber' des Gymnasiums zu bezeichnen, hat offensichtlich nicht den von der schwarzen Fraktion erhofften Erfolg gebracht. Dass die VLI die frühe Selektion der Kinder mit 9

Jahren ablehnt und sich für die Einführung einer Gemeinsamen Schule ausspricht, ist Grundkonsens in der VLI und ist auch allen KollegInnen bekannt. Daraus abzuleiten, die VLI wolle das Gymnasium abschaffen, ist eine allzu einfache und durchsichtige Wahlstrategie. Die VLI setzt sich für eine gerechte und demokratische Schulform ein, in der alle Kinder einen Platz haben und in der auch die Zufriedenheit der LehrerInnen ein höheres Maß als momentan erreicht. Klar ist aber auch, dass nicht die VLI solche Reformen durchsetzen wird, sondern dass es dafür einen breiten politischen Konsens brauchen wird.

Honoriert wurde bei dieser Wahl vor allem

der Einsatz der VLI-VertreterInnen, ob an den Schulen oder im Fachausschuss, die sich immer für die Anliegen der KollegInnen an den Schulen stark gemacht haben. Die VLI steht für Transparenz und für klare Stellungnahmen zu allen auftretenden Sachfragen und bildungspolitischen Themen (z.B. Social Networker, LehrerInnenfortbildung an der PH, Zentralmatura, Lehrpflichterhöhung etc.).

Mitverantwortlich für den Wahlerfolg war auch die Tatsache, dass es der VLI gelungen ist, für ihre umfangreiche Wahlliste neben den arrivierten MitkämpferInnen auch junge LehrerInnen zu finden, auf deren

Forderung nach einer Modellregion Vorarlberg für eine Gemeinsame Schule

Der Bildungssprecher der Grünen NR Harald Walser hat einen Entschließungsantrag eingebracht, der fordert, dass Vorarlberg Modellregion für eine gemeinsame Schule wird.

Im Wortlaut:

„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur werden aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der es erlaubt, ganz Vorarlberg als Modellregion für die gemeinsame Schule aller 10- bis 14-jährigen zu führen.

Dazu gehören insbesondere Änderungen im Schulorganisationsgesetz, die Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Ressourcen für die AHS-Unterstufen und die Hauptschulen, die noch nicht am Schulversuch Neue Mittelschule teilnehmen und entsprechende Ausbildungsmodule für LehrerInnen und SchulleiterInnen, um den binnendifferenzierten Unterricht und individuelle Förderung der SchülerInnen zu gewährleisten.“

Harald Walser, karenzierter Direktor des BG Feldkirch, sieht gute Voraussetzungen, Vorarlberg als Modellregion zur Erprobung der Gemeinsamen Schule aller 10- bis 14-Jährigen zu etablieren, denn sogar der ehemalige „Gegner der Gemeinsamen Schule, Sigi Stemer, fördert die Ausweitung der Schulversuche zur Neuen Mittelschule. Er kann sich auch eine Einbindung der AHS-Unterstufen vorstellen, sofern die Finanzierung der zusätzlichen Werteinheiten für die Individualisierung des Unterrichts“ gewährleistet ist.

Dafür müssten nur die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit auch die neun AHS-Unterstufen und die übrigen fünf Hauptschulstandorte in den Schulversuche Neue Mittelschule eingebunden werden können. Innerhalb einer solchen Modellregion könnte dann die Gemeinsame Schule evaluiert und weiterentwickelt und als Grundlage für die österreichweite Einführung herangezogen werden.

Wir werden sehen, wie stark sich Stemer bei seinen Parteifreunden in Wien engagiert, damit die Kinder endlich in die Mitte schulpolitischen Handelns gerückt werden. Druck dürfte bald auch von einzelnen AHS-Direktoren kommen. Sogar ausgewiesene schwarze Schulleiter haben schon bemerkt, dass ihnen die Werteinheiten-Felle davon schwimmen. Eine wirkliche Kooperation mit den Neuen Mittelschulen hat ja bis jetzt auf Grund der Zurückhaltung der AHS nur sehr zögerlich stattgefunden.

Die Unabhängige Bildungsgewerkschaft (UBG) und die Vorarlberger LehrerInneninitiative (VLI) unterstützen die Initiative von Harald Walser und fordern das Land Vorarlberg auf, die notwendigen Schritte in Richtung einer Modellregion Vorarlberg zu setzen. Die wesentlichsten Schritte wären die Erhebung der personellen und finanziellen Ressourcen und die Feststellung des benötigten Raumbedarfs für eine entsprechende Modellregion einer Gemeinsamen Schule in Vorarlberg. ■

Aus der Schul-Lade: „Die ÖPU/FCG-Fraktion bei einer intensiven Reformdiskussion.“

Engagement die VLI auch in Zukunft bauen kann.

Die politische Unabhängigkeit der VLI, die Kompetenz und Sachlichkeit des Fachausschussvorsitzenden Gerhard Pusnik, mehrere Personalvertreter-schulungen, bei denen die KollegInnen an den Schulen ausführliche und kompetente Informationen erhielten, und ein in weiten Strecken gelungener Wahlkampf an den Schulen haben sicher auch dazu beigetragen, dass sich die VLI schlussendlich durchsetzen konnte. Die VLI wird sich auch in den nächsten Jahren für das Wohl der KollegInnen einsetzen und weiter auch am politischen Diskurs zum Thema Schule teilnehmen! ■



Kurz und bündig

Da kommt Freude auf

Jetzt sitzt Eva Scholik auch noch im Publikumsrat des ORF - sie ist ja mit der Gewerkschaftsarbeit hoffnungslos unterfordert (oder heißt es doch über...???) und wird sich jetzt mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass der ORF endlich seinem Bildungsauftrag nachkommt. Nicht nur Schwarzseher werden angesichts solcher Perspektiven schwarz sehen!

Zurückrudern

Obwohl ihm inzwischen der Rudertrainer abhandengekommen ist, musste Landesrat Sigi Stemer kräftig Zurückrudern, nachdem ihn Bundesministerin Schmied in den VN mit der Aussage zitierte, Sigi Stemer sei „für eine gemeinsame Schule“, wenn da nur die Vorarlberger Mittelschule ein Erfolg werde.

Mühsam die Entgegnung - er habe das so nicht gesagt, er wolle sich nicht in ein ideologisches Eck drängen lassen (geht

auch gar nicht, dass man sich irgendwo hineindrängen lässt, wo man sich schon befindet). Wenn also nach Abschluss des wissenschaftlich begleiteten Schulversuchs Neue Mittelschule eine Gemeinsame Schule befürwortet werde und noch ein paar Kleinigkeiten wie das Dienstrecht, LehrerInnenausbildung, Schulerhaltung und Finanzausgleich gelöst seien, werde Vorarlberg den Weg einer Gemeinsamen Schule mitgehen. Viele Wenn's und Aber's und Fragen über Fragen, die im Raum stehen bleiben:

Wann soll denn der Abschluss des Schulversuchs sein? Wie kann ein Schulversuch, der eigentlich nichts mit einer Gemeinsamen Schule zu tun hat (nach wie vor werden die Kinder mit 9 1/2 Jahren auseinanderdividiert), Grundlage für eine solche Entscheidung sein? Wie lange will Landesrat Stemer noch die vielen Initiativen für eine Gemeinsame Schule ignorieren? Warum wird ein ausgewiesener Gegner einer Gemeinsamen Schule als Koordinator

für die Zusammenarbeit AHS – Neue Mittelschule eingesetzt? Und warum schaut man sich nicht funktionierende Systeme mit einer Gemeinsamen Schule wissenschaftlich an (man könnte ja einmal im Bregenzerwald beginnen und sich dann bis zu den skandinavischen Ländern vorarbeiten)?

Aussitzen ist also angesagt, in der Hoffnung, dass den Eltern, den LehrerInnen und allen, die sich für eine gerechtere und menschenwürdigere Schule einsetzen, die Luft ausgeht. Oder man beschäftigt sie mit Projekten wie „Schule Zukunft“ und lässt sie ins Leere laufen.

Dass daneben die betroffenen LehrerInnen in der Neuen Mittelschule verheizt werden, den LehrerInnen an den Volksschulen keineswegs in irgendeiner Weise geholfen wird, die Eltern an der Nase herumgeführt werden und für die Kinder der Selektionsdruck nicht ab, sondern eher noch zunimmt, ist ja auch nur nebensächlich. ■

Untaugliche Argumente für das Differenzierte Schulsystem!

Gerhard Rüdiger, Obmann der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft (UBG)

Gerhard Pusnik, Obmannstellvertreter der Vorarlberger LehrerInneninitiative (VLI)

In verschiedenen Medien und auf der Homepage des BG Blumenstraße wurde ein Leserbrief von Dr. Günther Kapeller vom BG Blumenstraße abgedruckt, in dem dieser versucht, das differenzierte Schulsystem gutzureden.

Zum einen ist es befremdend, dass dieser Leserbrief auch unter dem Titel 'Stellungnahme des Lehrkörpers des BG -Blumenstraße...' erschienen ist. Machen 70 % der KollegInnen einer Schule wirklich den ganzen Lehrkörper aus? Zum anderen darf man sich auch fragen, inwieweit die Homepage einer Schule für eine offensichtlich politisch motivierte ÖPU - Agitation herhalten soll, nachdem schon der Direktor einen Leserbrief mit ganz ähnlichen Argumentationsmustern auf die Homepage gestellt hat.

Im Grunde ist die „Stellungnahme“ eine Wiederholung der Leserbriefe der schwarzen ÖPU-Funktionäre in der AHS, eine Wiederholung von falschen und untauglichen Statements.

Meint Kollege Kapeller etwa Deutschland, wenn er davon spricht, dass eine Gemeinsame Schule zu einem Niveauverlust führt? Aber gerade das Schulsystem in Deutschland ist das Paradebeispiel eines differenzierten Systems, das schlechte Ergebnisse liefert. In Deutschland gibt es keine Gemeinsame Schule der 5- bis 14-Jährigen, wie die in Skandinavien, die in allen Schultests an der Spitze liegt.

Der Autor meint zudem, dass die Gemeinsame Schule das Entstehen von Privatschulen fördere. Genau

das Gegenteil ist der Fall - z.B. in Skandinavien ist die öffentliche Gemeinsame Schule von derart hoher Qualität, dass es dort keine Privatschulen braucht. Im Bregenzerwald, nahezu eine Modellregion für eine Gemeinsame Schule, gibt es keine Privatschulen! Diese entstehen dort, wo das öffentliche Schulsystem versagt, und das hat mit der Gemeinsamen Schule recht wenig zu tun!

Verbesserte Frühförderung bzw. wesentlich erweiterte Möglichkeiten der Lernbetreuung zu fordern ist wichtig – allein dies ist zu wenig. Eine gerechte Schule der Zukunft darf unsere Kinder nicht auseinanderdividieren und muss von allen in der Erziehung tätigen Personen gemeinsam getragen werden! ■

Generalversammlung der Vorarlberger Lehrer/innen – Initiative (VLI) vom 14. 12. 2009

Vorherrschende Themen der Generalversammlung der VLI waren die erstmalige Kandidatur der VLI (Gemeinsame Liste mit SLV, FSG, Unabhängigen und VLI) in den Allgemeinen Pflichtschulen (APS) und der Wahlerfolg der VLI bei den Personalvertretungswahlen.

Neuer Vorstand:

Die Ausweitung der VLI auf die APS machte eine Erweiterung des Vorstandes von bisher vier auf sechs Mitglieder sinnvoll. Franz Bickel und Walter Moosbrugger (beide APS) verstärken das bisherige Vorstandsteam. Dies wurde durch eine ebenfalls einstimmig genehmigte Änderung der Statuten

ermöglicht (Neue Statuten: www.vlikraft.at/organisation-vli/statuten/).

Die Wahl des neuen Vorstandes erfolgte einstimmig:

- Manfred Sparr (Obmann; BMHS)
- Gerhard Pušnik (Stellvertreter; AHS)
- Franz Bickel (Stellvertreter; APS)
- Katharina Bachmann (Schriftführerin; BMHS)
- Gerhard Rüdissler (Kassier; AHS)
- Walter Moosbrugger (Koordinator APS)

Personalvertretungswahl 2009:

Die VLI konnte bei den Personalvertretungswahlen im November 2009 entgegen dem Bundestrend in der BMHS von hohem Niveau nochmals

ordentlich dazu gewinnen (70% / + 10%), in der AHS das gute Ergebnis der letzten Wahl noch leicht ausbauen (51%) und die Mehrheit der FCG in der APS verhindern. Damit stellt die VLI erneut den Vorsitz im Fachausschuss AHS (Gerhard Pušnik) und BMHS (Manfred Sparr) und brachte beim erstmaligen Antreten in der APS ein Mandat (Walter Moosbrugger) im Zentralausschuss (Ersatz). Die Österreichische Lehrer/innen – Initiative ÖLI (Bundesorganisation der VLI) in der BMHS legte bundesweit 2,6% (7% in Vorarlberg) zu und bestätigte damit Katharina Bachmann als VLI- Vertreterin im Zentralausschuss. ■

Die Ergebnisse der PV- Wahl 2009

Wahlergebnis PV - Wahl 2009 FA - AHS Vorarlberg									
		ÖPU			VLI			Veränd.	
		Ges	St	%	St	%			
BG	Blumenstraße	88	59	67,05%	29	32,95%	-9,25%		
BG	Gallusstraße	54	15	27,78%	39	72,22%	0,52%		
BORG	Lauterach	30	17	56,67%	13	43,33%	-8,17%		
BG	Dornbirn	62	32	51,61%	30	48,39%	-9,91%		
BRG	DO - Schoren	63	23	36,51%	40	63,49%	-4,81%		
BG	Felkirch	67	35	52,24%	32	47,76%	0,56%		
GYS	Feldkirch	73	19	26,03%	54	73,97%	10,67%		
BG	Bludenz	78	55	70,51%	23	29,49%	-14,31%		
BORG	Götzis	21	6	28,57%	15	71,43%	33,33%		
BORG	Egg	20	14	70,00%	6	30,00%	-7,70%		
PG	Mehrerau	34	16	47,06%	18	52,94%	-0,16%		
PG	Riedenburg	36	25	69,44%	11	30,56%	12,16%		
BG	Lustenau	52	19	36,54%	33	63,46%	-4,14%		
SportG	Dornbirn	23	4	17,39%	19	82,61%	32,61%		
	Summe	701	339	48,36%	362	51,64%	0,04%		

Wahlergebnis PV - Wahl 2009 FA - BMHS Vorarlberg									
		FCG			VLI			Veränd.	
		Ges	Gül	St	St	%			
HAK	Bludenz	35	34	5	14,71%	29	85,29%	19,44%	
HAK	Bregenz	97	93	21	22,58%	72	77,42%	3,93%	
HAK	Feldkirch	54	53	12	22,64%	41	77,36%	21,59%	
HAK	Lustenau	53	49	10	20,41%	39	79,59%	5,91%	
BWS	Bezaun	35	31	6	19,35%	25	80,65%	4,65%	
HLT	Bludenz	51	46	20	43,48%	26	56,52%	12,77%	
BAKIP	Feldkirch	50	48	6	12,50%	42	87,50%	1,79%	
HLW	Feldkirch	45	42	7	16,67%	35	83,33%	1,52%	
HLW	Marienberg	42	40	18	45,00%	22	55,00%	1,15%	
HLW	Rankweil	42	40	18	45,00%	22	55,00%	9,00%	
HLW	Riedenburg	40	36	17	47,22%	19	52,78%	27,14%	
FW	Dornbirn	17	17	2	11,76%	15	88,24%	18,24%	
HTL	Bregenz	83	78	35	44,87%	43	55,13%	-5,89%	
HTL	Dornbirn	64	63	15	23,81%	48	76,19%	24,87%	
HTL	Rankweil	72	70	32	45,71%	38	54,29%	5,76%	
Kathi	Götzis	11	11	1	9,09%	10	90,91%	13,99%	
SOB	Bregenz	16	16	1	6,25%	15	93,75%	23,75%	
	Summe	807	767	226	29,47%	541	70,53%	10,65%	

Gehaltsabschluss 2010 für den Öffentlichen Dienst: 0,9 % (und 4,- € pro Monat fix) mehr Gehalt für Beamte

Kein Grund zur Freude, Herr Neugebauer!

Die 4 Euro Fixbetrag sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber Kaufkraftstärkung ist das keine! Damit wird nicht einmal die seit September gestrichene Bildungszulage (€ 7,30) ausgeglichen. Und die 0,6 %, die uns auf Metaller, Handel und PensionistInnen auf Dauer fehlen, sind ein spürbarer Verlust.

Für FM Pröll ein weiterer Geldsegen aus dem bm:ukk. Neben dem für ihn sicher überraschenden und sehr erfreulichen Gehaltsabschluss verzichtet das bm:ukk aus nicht nachvollziehbaren Gründen auf 85 Mio. € Mietstundung. Deshalb freut sich Pröll auf orf. at: „... Pröll betonte, dass es sich um den drittniedrigsten Abschluss der vergangenen 40 Jahre handle sowie den niedrigsten im Vergleich mit den bisherigen Kollektivvertragsabschlüssen für kommendes Jahr.“ Wie wahr! ■

Gehaltstabelle 2010: www.vlikraft.at/downloads/dienstrecht-usw

Die Unabhängige Bildungsgewerkschaft (UBG) unterstützt die Protestaktionen der Studierenden und Lehrenden zum Bologna-Gipfel in Wien und Budapest.

Gerhard Rüdissler



Die UBG fordert die universitäre Ausbildung und den Master-Abschluss für die LehrerInnen aller Schultypen statt verschulte Bachelor-Kurzstudien

Die österreichische LehrerInnenausbildung soll im Zuge des Bologna-Prozesses reformiert werden. ExpertInnen arbeiten derzeit an Empfehlungen für eine gemeinsame Ausbildung der LehrerInnen aller Schulstufen. Ab 2011 soll das

bestehende Nebeneinander von 6-semestriger Ausbildung an Pädagogischer Hochschule (PflichtschullehrerInnen an Volks-, Haupt-, Poly- + Sonderschulen) und den 9-semestrigen Master-Diplomstudien an Universitäten (AHS-, BMHS-LehrerInnen)

überwunden und die Qualifikation aller LehrerInnen verbessert werden. Für die UBG bedeutet das: Master und volle Akademiker-Einstufung für alle LehrerInnen.

Die UBG fordert von den Regierungsparteien:

- Bereitstellung der Budgetmittel für die universitäre LehrerInnenbildung auf Master-Niveau

- schrittweise Integration der PH in die Universitäten

- Überwindung des verwaltungs- und dienstrechtlichen Nebeneinander von Bundes- und LandeslehrerInnen durch ein gemeinsames, LehrerInnendienstrecht

- eine demokratische Schulreform, die allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft das Recht auf Bildung sichert. Bildung darf kein Privileg sein.

Die Fehlentwicklungen an den Pädagogischen Hochschulen mit bolognakonformen verschulten BA-Kurzstudien dürfen nicht auf die Universitäten ausgeweitet werden, sondern müssen gemeinsam von Studierenden, Lehrenden und von den Gewerkschaften aller ArbeitnehmerInnen abgewehrt werden. ■

Gewerkschaftswahlen

Gleichzeitig mit den Personalvertretungswahlen wurden auch die Gewerkschaftswahlen für die GÖD-AHS abgehalten. Die VLI-UG kandidierte dabei mit einer Liste von vier Leuten (alles Doppelmittglieder UBG und GÖD) und erreichte sehr gute 27%. Damit erhielt die schwarze Mehrheitsfraktion (FCG) 5 Mandate und die VLI-UG 2 Mandate (Rüdissler Gerhard – BG Gallusstr., Aly Elghoubashy – GYS Feldkirch).

Obwohl nur ein Fünftel der Vorarlberger AHS-LehrerInnen Mitglied in der GÖD sind, viele KollegInnen in den letzten Jahren zur UBG gewechselt sind und wir überhaupt keine Mitgliederlisten zu Gesicht bekamen, hatten wir uns zur Teilnahme an der Wahl entschlossen, da wir der Ansicht sind, dass möglichst viele KollegInnen gewerkschaftlich gut vertreten werden sollten.

Wir können zwar auf Grund der Mehrheitsverhältnisse nicht die Richtung der gewerkschaftlichen Arbeit in den

nächsten 5 Jahren vorgeben, aber wir können uns einbringen und Druck von innen und außen erzeugen.

Wir möchten erreichen, dass

- sich die GÖD-AHS an der stattfindenden Reformdiskussion beteiligt und nicht nur auf Abwarten spielt.

- sich die GÖD-AHS in Zukunft mehr in die Auseinandersetzungen mit dem Dienstgeber einmischt und sich auch nicht mehr so zögerlich verhält, wie sie es bei der Frage um die Lehrpflichtserhöhung getan hat

- die GÖD-AHS in Vorarlberg nicht nur auf Direktiven aus Wien wartet, sondern auch eigene Aktivitäten setzt!

- der Landesgewerkschaftstag in Vorarlberg nicht das einzige und wichtigste Ereignis für die zukünftige Gewerkschaftsarbeit darstellt.

- die GÖD-AHS mehr und intensiver mit der UBG zusammenarbeitet.

Nach über drei Monaten ‚Wartefrist‘ fand die konstituierende Sitzung

vor ca. zwei Wochen statt (mit einer Ankündigungsfrist von zwei Tagen?????). Hoffentlich ist diese Verzögerung bzw. diese Vorgangsweise nicht symptomatisch für die Arbeit der nächsten fünf Jahre! ■

Impressum

Eigentümer, Verleger, Herausgeber:
Vorarlberger LehrerInnenInitiative (VLI)
c/o Manfred Sparr,
Hohlweg 17
6833 Klaus

vlikraft

ist das Mitteilungsorgan der Vorarlberger LehrerInnenInitiative und dient der Förderung der Diskussion über Bildung und Schule und deren Rahmenbedingungen.

Redaktion

Manfred Sparr, Gerhard Pušnik, Katharina Bachmann, Gerhard Rüdissler

Beiträge an

vli@vlikraft.at

www.vlikraft.at